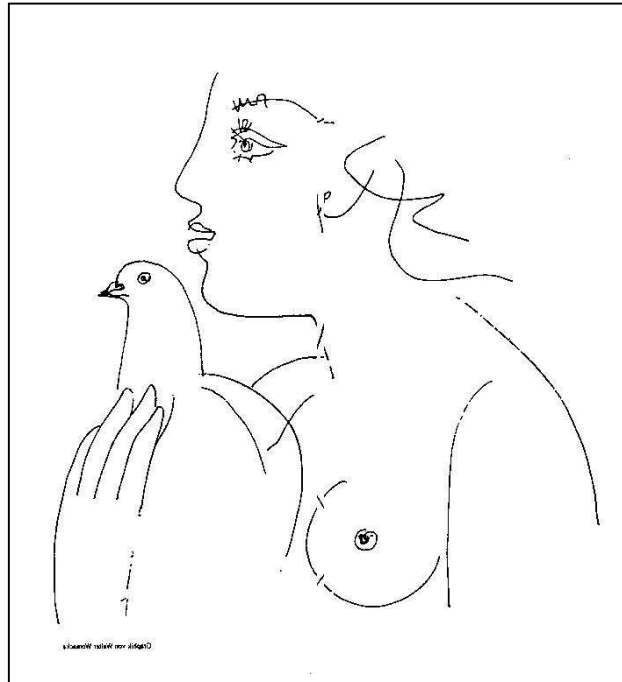


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 26



Nie wieder !

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

2. überarbeitete Auflage

Redaktionsschluss: 01.02.2006¹

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin
Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

.....Ein Jugendlicher wurde im Gesicht schwer verletzt, als gegen drei Uhr eine Gruppe von rechten Skinheads in die Gaststätte "Apfelbaum" stürmte, das Mobiliar zerschlug und die Gäste malträtierte. (PNN, 30.01.06)

.....Die Scheiben des Büros der SPD-Landtagsabgeordneten Martina Münch, die Sprecherin des »Cottbuser Aufbruchs« ist, wurden von Neonazis eingeworfen. Die Täter hinterließen ein Bekennerschreiben eines »NS-Aktionsbündnisses Cottbus«. (MAZ, 08.12.05)

.....Ein 19-jähriger polnischer Schüler wurde in einem Wohnheim von zwei 18- und 19-jährigen Rechtsradikalen als "Jude", "polnischer Lappen" und "Scheiß-Pole" beschimpft, dann geschlagen und getreten. Auf dem Weg zur Polizei wurde er von denselben Tätern erneut angegriffen und mit einer Bierflasche verletzt. (MAZ, 13.09.2005)

.....Ein 11-jähriger ägyptisch-deutscher Junge wurde von einem älteren Herren mit den Worten »Haut dahin ab, wo ihr hergekommen seid« angegriffen. Der Angreifer stach dem Jungen mit einer heißen Grillzange unter das Auge und erklärte danach: »Das Schwein hat's verdient.« (OP, eigener Bericht)

.....Ein 57-jähriger Inder wurde in einem Nachtbus von zwei Männern rassistisch beleidigt. Nachdem er ausgestiegen war, folgten ihn die Männer und schlugen ihn zusammen. (RBB, 11.05.05)

.....Ein 18-jähriger linksorientierter Jugendlicher, der einen Aufnäher gegen Nazis trug, wurde gegen 21:40 Uhr auf der Fürstenwalder Straße von drei Rechtsradikalen angegriffen. Die drei 15- bis 17-jährigen Rechtsradikalen, die zuvor Nazi-Lieder grölten, schlugen den 18-Jährigen mit einem Baseballschläger auf den Hinterkopf. (Berliner Morgenpost, 22.02.05)

.....Für die ersten drei Quartale des Jahres 2005 wurden bundesweit 7.574 neofaschistische Straftaten registriert. Dazu gehören mehr als 400 Gewalttaten. Das bedeutet einen Anstieg um fast 2.000 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. (Antifa“ - Magazin für antifaschistische Politik und Kultur (Januar / Februar 2006)

Der politische Alltag des heutigen Deutschland verträgt keine Gleichgültigkeit - Er muss beunruhigen.

Rechtsextremistische Kriminalität nimmt zu. Die Zahl der Gewaltdelikte steigt von Jahr zu Jahr. Immer häufiger fordern Neofaschisten mit ihren provozierenden Aufmärschen in deutschen Städten die demokratische, antifaschistische Öffentlichkeit heraus. Als NPD, als „Junge Nationaldemokraten“, als „Kameradschaften“, als sogenannte „Organisationen des (scheinbar) führerlosen Widerstandes“ („Leaderless Resistance“). Um, wie eine ihrer Parolen lautet, für „Recht und Ordnung“ zu sorgen!

Geschändete jüdische Friedhöfe und Synagogen sowie antisemitische Schmierereien markieren den Weg der Gewalttäter.

Zusammengeschlagene und Misshandelte – Antifaschisten, Ausländer, Migranten, Obdach- und Wohnungslose, Behinderte - zeugen vom Terror dieser Horden. Über 120 Menschen wurden seit 1990 Opfer rechts-extremistischer Gewalt.

Der Schoß ist fruchtbar noch...

Ist der Neofaschismus, ist der Rechtsextremismus ein politisches Zufallsprodukt unserer Tage?

Rechtsextremismus weist – bei aller Unterschiedlichkeit seiner Erscheinungsformen – eine Kontinuitätslinie auf. Sie hat alle historischen Brüche und die verschiedenen Staatsformen – ob Kaiserreich, Weimarer Republik oder Bundesrepublik – durchzogen und durchdrungen.

Es sind vor allem die ökonomischen Machtverhältnisse und der das „Recht des Stärkeren“ rechtfertigende Sozialdarwinismus, die ihn fortwährend gebären. Wobei als subjektive Faktoren Finanzherren, Vertreter der Staatsbürokratie, hochrangige Militärs und Leute aus der Wissenschaft als ideologische Konservatoren gegen sozialen Fortschritt wirken und gegebenenfalls zu Felde ziehen.

Die mit „Blut und Eisen“ betriebene Reichsgründung 1870/71, das Hervortreten der „Völkischen“, das faktisch identisch ist mit rechtsextremistischer Ideologie und Praxis, markieren sein Aufkommen.

Es ist die Zeit, da Nietzsche als Beitrag für die künftige Entwicklung des neu entstandenen Reiches die „Züchtung der Herrenrasse“, den „Übermenschen“ einfordert.

Nach dem wirtschaftlichen „Gründerkrach“ 1874 beschwört der Historiker Treitschke das antisemitische Feindbild: „Die Juden sind unser

Unglück“. „Deutschtum“ wird gepredigt und geprägt. Um dem vom Philosophen Spengler in die Debatte getragenen Gedanken vom „Untergang des Abendlandes“ zu begegnen. „Deutsche Männer“ sind in Politik und Wirtschaft gefragt. Und „deutsche Art“.

Der „Alldeutsche Verband“ propagiert „völkische Ideen“, die chauvinistische und rassistische Positionen herausbilden. Großdeutschland-Visionen entstehen. Eine „abendländische, germanische, vor allem deutsche Zukunft“ wird propagiert. Der „Platz an der Sonne“ ist anvisiert. „Am deutschen Wesen“ soll schließlich „die Welt genesen“.

Für den Rechtsextremismus werden Krisenzeiten zu Konjunkturzeiten. Wenn Arbeitslosigkeit, Elend und Not von der herrschenden Klasse „freigesetzt“ werden. In solchen Zeiten treffen sich Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus.

Die militärische Niederlage im Ersten Weltkrieg löst in Deutschland eine tiefe politische Krise aus. Die sozialen Folgen des Krieges werden auf die Bevölkerung abgewälzt. Um deren Empörung aufzufangen und zu kanalisieren treten die „Vereinigung für nationale und soziale Solidarität“, die völkische Bewegung, die Thule-Gesellschaft und schließlich die national-sozialistische“ Bewegung in die politische Arena. Die „Dolchstoß-Legende“ vom angeblich „im Felde unbesiegten“ Heer, dem die Revolution in den Rücken gefallen sei, prägt öffentliche Meinung. Begleitet vom Terror der „Freikorps“. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Kurt Eisner und so viele andere werden gemeuchelt. Der Kapp-Putsch, in Szene gesetzt, scheitert. Die Thule-Gesellschaft bereitet der NSDAP die Startbedingungen für den Aufbau einer rassistischen, chauvinistischen und antisemitischen Bewegung.

Die Gebrechen des Kapitalismus werden in dieser Propaganda u. a. auf das „Wirken jüdischer Spekulanten“ geschoben.

Die NSDAP schwimmt auf der „völkischen“ Welle. Reichlich gesponsert von Schwerindustrie und Hochfinanz. Die braune Bewegung erhält Oberwasser mit der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit Anfang der 1930er Jahre.

Nach der terroristischen Diktatur des deutschen Faschismus sammeln sich in der alten Bundesrepublik, in der nach der militärischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg die alten Machtverhältnisse restauriert werden, Alt- und Neofaschisten zur Bildung neofaschistischer Parteien und Organisationen. Die Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik Mitte der 1960er Jahre, die zu Arbeitslosigkeit und einer sich verschärfenden Haushaltskrise sowie zum Scheitern der CDU/FDP-Regierungskoalition

führt, nutzen die Neofaschisten erfolgreich aus: Sie ziehen in sieben Landtage ein: in Hessen und Bayern, später in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Aus dem Schoß der alten, von Krisen erfassten Macht kriecht weiterhin Rechtsextremismus und Neofaschismus.

Gesellschaftskrise

Die neoliberale Globalisierung sieht, nach dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus, verstärkt deutsche „Global Players“ in Aktion. Transnationale Konzerne verschaffen sich mit Hilfe internationaler Institutionen und gegebenenfalls auch militärisch rund um den Erdball den Zugriff auf Ressourcen und billige Arbeitskräftereservoirs.

Globalisierung der Armut wird Programm und globale Billiglohnexportwirtschaft.

Die von den Großkonzernen entfachte Konkurrenz zwischen Ländern mit höheren und solchen mit geringeren Löhnen forciert den Lohn- und Sozialabbau. Die neoliberale Demontage des Tarifsystems und der sozialen Sicherungssysteme, zielstrebig von der Schröder-Regierung als „Reform“ in Angriff genommen, wird von der Merkel-Regierung fortgesetzt.

Im Lande des Exportweltmeisters leben real etwa sieben Millionen Menschen ohne Erwerbsmöglichkeit und rund fünf Millionen mit Billigjobs. Großkapital und Großbanken schaffen mit ihrer Jagd nach Maximalprofiten eine tiefe soziale Kluft quer durch die Gesellschaft. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in Deutschland immer weiter auseinander. Die oberen zehn Prozent aller Haushalte besitzen 47 Prozent des Netto-Vermögens, die untere Hälfte dagegen ganze vier Prozent. In einem der reichsten Länder der Welt gilt inzwischen jeder fünfte Bürger als arm. Die Zahl der überschuldeten Haushalte wächst seit 1998 um 13 Prozent auf über drei Millionen.

Ebenfalls in dieser Zeit fließen mittels Steuergeschenken und Steuer-senkungen über 100,3 Milliarden € an Vermögende und Kapitalgesellschaften. Die Zahl der Millionäre und Milliardäre wächst weiter, während Länder und Kommunen über leere Kassen klagen.

„Das Auseinanderdriften von ökonomischer Entwicklung und gesellschaftlicher Integration“ habe sozial zerstörerische Folgen, sagt der Bielefelder Sozialwissenschaftler und Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer. Soziale Verunsicherung, Existenzangst und Perspektivlosigkeit prägen immer stärker das gesellschaftliche Klima. Arbeitnehmer werden durch

Lohndumping, Lohnsenkungen und Mehrarbeit ausgepowert. Langzeitarbeitslose werden durch Hartz IV entmündigt. Studenten werden mit Studiengebühren zur Kasse gebeten. Kinder werden zunehmend zu Sozialhilfeempfängern. Kranke werden durch Zuzahlungen und Eintrittsgelder in Arztpraxen geschröpft. Ältere sind von Rentenkürzungen betroffen. In Behörden häufen sich Korruption und Bestechung von politischen Amtsträgern.

In Ostdeutschland bewirkte die nach dem Anschluss der DDR an die BRD vollzogene Deindustrialisierung als nachhaltiges Negativum eine rigorose Veränderung von Lebens- und Arbeitsbedingungen. Ungerechtigkeit und Demütigung überschatten den Alltag. Soziale Deklassierung macht zahllose Bürger zu Betroffenen des Anschlusses.

So manche Familie wird durch Langzeitarbeitslosigkeit zerrüttet. Alkoholmissbrauch nimmt zu. Kinder und Jugendliche in solchen Familien verfallen in Resignation. Sie werden, wie so manche Eltern, anfällig für Rechtsextremistische Parolen.

Der von der Regierung gefahrene politische Kurs höhlt Demokratie aus. Politik- und Parteienverdrossenheit nehmen zu. Deutschland ist von einer tiefen ökonomischen und sozialen Krise erfasst. Aus sozialer Demontage und Demokratieabbau, aus der Krise schlägt neofaschistische Demagogie politisches Kapital. In dem Begleitwort der IG Metall zu einer von VVN/BdA durchgeführten Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ heißt es u.a.: „Eine solche, problematische gesellschaftliche Entwicklung bildet den Nährboden für rassistisches und faschistisches Gedankengut, der es den kriminellen Netzwerken, die von Neonazis angeführt werden, leichter macht, Menschen mit ihrer braunen Ideologie zu vereinnahmen.“

Politische Mitte?

Der sich seit Jahren vollziehende Prozess der Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland schreitet voran. Die von nicht wenigen Repräsentanten der so genannten Politischen Klasse vertretene Position zum Rechtsextremismus ist – gelinde gesagt – fragwürdig. Die von Neonazis ausgehende Gefahr wird im allgemein herunter gespielt, rechtsextremistische Gewalt oftmals ignoriert. Statistiken über rechtsextremistische Straftaten werden seit Jahr und Tag herunter gerechnet.

Als neonazistische Straftaten eskalierten, wurde dilettantisch ein NPD-Verbotsverfahren eingeleitet, das einerseits als Debakel, andererseits mit einer Aufwertung der NPD endete.

Sie erhält auf diese Weise vom Bundesverfassungsgericht erhöhte „Rechtssicherheit“. Ihre gleichberechtigte Teilnahme am politischen Leben dieses Landes wurde juristisch untermauert.

Von einem „Aufstand der Anständigen“ ist von Seiten der Staatsoberen längst nicht mehr die Rede.

Die von der Politischen Mitte vertretenen Auffassungen und politischen Praktiken zu Ausländerfragen sowie ein Antiislamismus haben eine Atmosphäre geschaffen, die es Neofaschisten erlaubt, sich im Mainstream wieder zu finden. Um kurzfristige Erfolge, beispielsweise bei Wahlen, zu erreichen, feilschen und fischen bürgerliche Politiker am rechten Rand der Gesellschaft. Sie bedienen und erzeugen damit objektiv Stimmungen, die den Neofaschisten günstige Freiräume verschaffen. Der frühere Innenminister und Schwarzgeld-Spezialist Kanther verkündete: „Die CDU muss eine Politik machen, zu der die Wähler der Republikaner ja sagen können.“

Der brandenburgische Innenminister Schönbohm kommentierte DVU-Forderungen nach „Begrenzung des Ausländeranteils, Beschleunigung von Asylverfahren, Stopp dem zunehmenden Ausländerzustrom“ mit den Worten: „Ein Teil davon ist inzwischen sicher Allgemeingut. Sogar der Bundeskanzler hat schon Ähnliches gefordert.“

Faktisch geht über Jahre eine Anpassung der Standpunkte bürgerlicher Politiker an Forderungen aus den Parteiprogrammen von NPD, DVU und REP's vor sich.

Da wurde die Öffentlichkeit mit Parolen überschwemmt wie die von der „durchrassten Gesellschaft“ (Stoiber), von der „Überfremdung“, von der „Ausländerflut“ oder der „Asylantenschwemme“, von den „Wirtschaftsasyllanten“. „Das Boot ist voll“, hieß es bei Schröder. „Kinder statt Inder“ verlangte der CDU-Politiker Rüttgers, heute Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Da meinte der ehemalige Bundesinnenminister Schily: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“

Da gewann der CDU-Ministerpräsident Koch die Landtagswahlen mit der Kampagne gegen doppelte Staatsbürgerschaft.

Inzwischen vollzog sich, durch die Bundesregierung forciert, der Ausbau und die hermetische Abschottung der „Festung Europa“ gegen Flüchtlinge und Migrantinnen. Das Asylrecht wurde quasi beseitigt.

Schily konzipierte die Einrichtung von Flüchtlings- Auffanglagern in Nordafrika.

Da fordert die CSU-Führung, Ausländer hätten die „deutsche Leitkultur“ zu übernehmen. Man müsse „allen Bestrebungen entgegentreten, Deutschland in eine multikulturelle Gesellschaft umzuwandeln.“

Mit dieser aus der Politischen Mitte vorgetragenen Dauerkampagne wurde eine gesellschaftliche Zustimmung zur Ausgrenzung, zu Diskriminierung und Entrechtung von Menschen erreicht, die als „Ausländer“ wahrgenommen werden. Die neuerlichen Debatten um eine weitere Verschärfung der Ausweisungen und der Abschiebungsvorschriften dienen objektiv der Ausländerfeindlichkeit.

In der bundesdeutschen Justiz ist man vielfach – wie in Weimar – auf dem rechten Auge blind. Obwohl Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist, wird den Neonazis, wie die Ablehnung von Verbotsträgen gegen deren Aufmärsche beweist, ausdrücklich das im Grundgesetz in Artikel 8 verankerte Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ebenso garantiert, wie die in Artikel 5 fixierte Meinungsfreiheit.

SPD-Politiker Wiefelpütz betonte, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit dürfe durch Verbote nicht beschädigt werden.

Bundesdeutsche Justiz macht faktisch die Straße frei für Neonazis. Und die Polizei ist veranlasst, deren provokante Demonstrationen zu schützen, hartes Vorgehen gegen antifaschistische Gegendemonstranten eingeschlossen. Das Bundesverfassungsgericht legitimierte sogar eine antisemitisch begründete Aktion gegen den Bau einer Synagoge in Bochum mit Verweis auf das verbrieft Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Mit dieser Entscheidung wurde von Gerichts wegen Antisemitismus faktisch in den Rang einer „Meinung“ erhoben! Und im Jahre 2005 befand der Bundesgerichtshof in Karlsruhe, die verbrecherische Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ bedeute keinen Verstoß gegen Recht und Gesetz.

Während rechte Gewalt weitgehend verharmlost wird, sieht sich demokratischer Widerstand gegen neofaschistische Provokationen staatlicher Repression bzw. staatsanwaltlicher Verfolgung ausgesetzt. Wegen „Störung gerichtlich genehmigter“ Aufmärsche, „Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz“ und „Nötigung“ werden Antifaschisten vor Gericht gezerrt! Im sächsischen Landtag bekam dagegen die NPD wiederholt Unterstützung durch Abgeordnete anderer Fraktionen.

In einer Vielzahl von „Dokumentationen“, in Fernseh-Reihen werden von öffentlich-rechtlichen und von privaten Fernsehanstalten sowie von

Hörfunksendern – mitunter zu Hauptsendezeiten - die Naziverbrecher – oftmals „unterhaltend“ einem Millionen-Publikum „nahe gebracht“.

Spielfilme entdecken einerseits „menschliche Regungen“ und „soziale Züge“ bei Nazi-Größen. Andererseits ordnen sie Verbrechen gegen die Menschheit, insofern sie überhaupt erwähnt werden, der „individuellen Psyche“ einzelner „Führer“ zu. Die Verbrechen des Faschismus werden durch Aufrechnung mit angeblichen alliierten Verbrechen relativiert.

Die Deutschen erscheinen als „Opfervolk“.

Die Lehren der Geschichte werden von der Politischen Klasse bisher weitgehend negiert. Die Lehren der Geschichte besagen auch dies: Politische Mitte darf beim Hervortreten einer rechtsextremistischen, faschistischen Welle und Bewegung nicht außer Acht gelassen werden.

Vier-Säulen-Strategie

Das ursprüngliche „Drei-Säulen-Konzept“ der NPD wurde 2004 von deren Führer Voigt in eine „Vier-Säulen-Strategie“ umgewandelt.

Galt bis zu dem Erfolg der Partei bei den Landtagswahlen in Sachsen die Losung: „Kampf um Köpfe, um die Straße und um die Parlamente“, so wurde nun der „Kampf um den organisierten Willen“ hinzugefügt.

Im Einzelnen:

Schon vor fast einem Jahrzehnt wurde in dem NPD-Organ „Deutsche Stimme“ darauf spekuliert, „durch eine geschickte Thematisierung der ‚sozialen Frage‘ in Verbindung mit der Ausländerproblematik eine nationalistische Politik besser als je zuvor in den Köpfen unseres Volkes zu verankern.“

Demzufolge spielen sich Neofaschisten als „Interessenvertreter“ von Arbeitslosen, Beschäftigten, Jugendlichen und aller „wahren Deutschen“ auf. Eine raffinierte soziale Demagogie, angefüllt mit Nationalismus und Rassismus, betreiben die Neonazis wie ihre Vorgänger als langfristige Strategie. Wobei sie diese Demagogie mit der Ausländerfrage verbinden. Eine wüste Hetze wird gegen die geplante Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei betrieben. Unter der Losung „Jetzt kommen die Türken“ wird zum „Kampf um das Abendland“ aufgerufen.

Im „Kampf um die Köpfe“ geht es um Einfluss auf die Gesellschaft, um, wie es heißt, „kulturelle Subversion“, um die „schleichende Durchdringung des Alltagsbewusstseins mit völkischen und nationalistischen Ideen“. Insofern werden die Anhänger aufgefordert, an Protestaktionen

gegen Sozialabbau und an Gewerkschaftsaktionen teilzunehmen, eigene Blöcke zu formieren und Flagge zu zeigen, um in linke Potenziale einzudringen.

So verlangte die NPD eine „Initiative gegen Sozialabbau und Einwanderung ins soziale Netz.“ „Hartz ist unsozial – unser Kampf ist national“, „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben“ und „Multikulti ist gleich Sozialabbau“ tönte es auf Montagsdemonstrationen. Die NPD möchte als „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ erscheinen. „Raus aus der Subkultur – hinein in das Volk!“ – so die Parole. Systematisch werden Ausländer als die Schuldigen der Arbeitsmarktmisere diffamiert.

Doch die Massenarbeitslosigkeit vor 1933, die sich in Deutschland zahlenmäßig in etwa den gleichen Dimensionen wie in der heutigen Bundesrepublik bewegte, kannte ausländische Arbeitskräfte gar nicht.

Eine besonders hohe Arbeitslosenquote wird seit Jahr und Tag in den neuen Bundesländern verzeichnet. Doch den eineinhalb Millionen deutschen Arbeitslosen stehen lediglich 40.000 ausländische Beschäftigte gegenüber!

Wie ihre faschistischen Ahnen geben sich die Nachfahren „sozial“, „kinderlieb“, „heimatverbunden“ und „umweltfreundlich“. Zunehmend werden Themen berechtigter Bürgerinteressen aufgegriffen, linke Forderungen unterlaufen, Bürgerbewegungen und –initiativen unterwandert, „Bürgersprechstunden“ durchgeführt. Werte und Erfahrungen der Arbeiterbewegung werden – wie vor 1933 – besetzt oder ausgenutzt.

Zunehmend ist „Geselligkeit“ angesagt. NPD- und DVU-Mitglieder betätigen sich als Organisatoren von Haus-, Straßen- und Kinderfesten, von Dampferfahrten und Tanzveranstaltungen, Zeltlagern, Nachtangeln und Fußballturnieren.

Heimatbünde und Schützenvereine werden gegründet oder unterlaufen. Jugendlichen werden „Gemeinschaftserlebnisse“ versprochen. Bei der NPD oder DVU sei man „gut aufgehoben“. Hier herrsche noch „Kameradschaft“ und „Gemeinschaftssinn“.

Die rechtsextremistischen Falschmünzer gebärden sich als „Schützer des deutschen Waldes“. Sie gebärden sich als Vertreter eines „schönen und sicheren Wohnens“, wenn es gegen die Einrichtung eines Asylbewerberheimes geht und besonders emsig als scheinbare Vorkämpfer der Interessen der jungen Generation.

Eine besondere Rolle im „Kampf um die Köpfe“ ist der Fascho-Musik zugedacht. Die Namen der „Kampfkapellen“ sind Programm: „Volkszorn“, „White Aryans Rebels“, „Macht und Ehre“, „Landser“, „Spree-

geschwader“, „Legion of Thor“ oder „Radikal“. Die Berliner Band „Landser“ ruft, um nur ein Beispiel zu nennen, mit den Texten ihrer „Musik“ zum Pogrom: „Afrika für Affen, Europa für Weiße. Steckt die Affen in ein Klo, spült sie weg wie Scheiße.“ Die „Herrenrasse“ wird besungen. Oft gefragt das antisemitische Lied „Blut muss fließen“ aus den 1920er Jahren. Die Texte reizen so manchen sich selbst überlassenen und verlassenen Halbwüchsigen in diese Szene einzusteigen.

Unaufhörlich tröpfelt neonazistisches Gift – nicht zuletzt über Internet – in die Köpfe von Menschen, von jungen vor allem. Und hinterlässt zersetzende Wirkung, macht manchen bereit zu zerstörerischem Tun.

Der „Kampf um die Straße“ hat in der neonazistischen Strategie in den zurückliegenden Jahren deutlich an Gewicht gewonnen. Immer häufiger treten diese Kräfte in deutschen Städten in Erscheinung. Ihre Aufmärsche sollen zum „normalen“ Erscheinungsbild der Städte werden.

Die Planungen und die Anträge an Behörden für die Durchführung von Aufmärschen reichen zum Teil bis ins nächste Jahrzehnt! Die Aufmärsche seien, so die Initiatoren in den Parteizentralen, eine Möglichkeit, „Sympathien“ in der Öffentlichkeit zu erobern.

Im „Kampf um die Parlamente“ sollen legale Tribünen für Demagogie und Hasspropaganda geschaffen werden. Nach dem Einzug der NPD und der DVU in die Landtage von Sachsen und Brandenburg haben beide Parteien einen sogenannten „Deutschland-Pakt“ beschlossen. Sie wollen bei künftigen Wahlen nicht mehr gegeneinander kandidieren, sondern abgestimmt vorgehen – je nach den errechneten Chancen für die eine oder andere Partei.

Im „Kampf um den organisierten Willen“ geht es um die Zusammenführung und das Zusammenfließen der verschiedenen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen.

Die NPD, vor über vier Jahrzehnten als Sammlung von Alt- und Neonazis gegründet, will als Scharnier zwischen den zahlreichen neofaschistischen Organisationen und Gruppen fungieren. Und sie will militante Verbände integrieren. Schulterchluss mit den vorwiegend regional agierenden „Freien Kameradschaften“ ist angesagt. Die rund 3.000 Leute dieser „Kameradschaften“ sollen an die etwa 5.500 Mitglieder starke NPD herangeführt werden. Eine heikle Aufgabe. Denn: Zum einen handelt es sich um ein besonders gewaltbereites Potenzial. Zum anderen operierten die zumeist relativ kleinen Gruppen (fünf bis 20 Mitglieder mit einem Altersdurchschnitt zwischen 18 und 25 Jahren) nach dem

Motto: Organisierung ohne Organisation. Gruppen dieser Art treten auch als „Front“, „Freundeskreis“ oder „Heimatschutz“ auf.

Das „Outfit“ verändern

Die Neofaschisten wollen nicht nur ihre Strategie, sondern auch ihr Erscheinungsbild aufpolieren, ja, wandeln. Nadelstreifen treten neben vierschrötige Glatzen und das Outfit von Autonomen. Dumpfe Stiefelträger treten zurück. Palästinensertücher sind längst „in“. Auch Che Guevara-T-Shirts. Auf einer Einladung rechtsextremistischer Führungskräfte zur Teilnahme an einem Volksfest in Mecklenburg-Vorpommern heißt es u.a.: „Es wird um gepflegtes Äußeres gebeten (kein Skinhead-Look)... Verbotene Symbole und Parolen sind unerwünscht.“

Emsig wird „richtiger Ton“ geübt. „Seriosität“ wird einstudiert, um als Vertreter einer „seriösen Alternative“ zur herrschenden Politik zu erscheinen. Neben dem Schwarz bei Aufmärschen taucht das von Hitler für die Irreführung von Arbeitern so oft beschworene Rot auf. Für NPD-Abgeordnete sind Rhetorik-Kurse eingerichtet. Die Führungskräfte werden professioneller. Mit ihrer Demagogie und ihrem gewandelten Outfit bietet sich die NPD als Auffangbecken für frustrierte Bürger an.

Um ihre Demagogie zu verfeinern und wirkungsvoller zu gestalten, ist seitens der Parteiführer mehr und mehr „Klasse statt Masse“ gefragt.

Um ihre Funktion im System zu erfüllen: Bereits vorhandene Angst und Unsicherheit vieler Menschen soll verstärken, Unruhe verbreitet und schließlich nach dem „starken Staat“ gerufen werden. Und nicht zuletzt – es soll sozialer Widerstand gebunden, Linke sollen terrorisiert und Gewerkschaften bekämpft werden.

Im alten Ungeist

Das Weltbild der NPD erweist sich als „nationalsozialistisches“ Kompendium von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und sozialer Demagogie.

Das NSDAP-Programm stand Pate bei der Herausbildung neofaschistischer Ideologie. Aus der NPD ausgetretene sächsische Landtagsabgeordnete gestanden die „Seelen- und Wesensverwandtschaft“ der Partei mit ihren faschistischen Vorfahren ein.

Wie die faschistische Bewegung von gestern zutiefst antinational und chauvinistisch war, so ist auch ihre Nachgeburt unvereinbar mit den Interessen der Nation.

1923 hatte Hitler die „nationale Revolution“ verkündet.

Auch heute ähnlich Parolen: „Ein Aufstand der Deutschen ist überfällig“ heißt es hier und da in den braunen Losungen. Man spricht von „nationaler Wiedergeburt“, vom „nationalen Befreiungskampf“, von der „nationalen Wiedergeburt“.

Die Vorgänger führten mit ihrem nationalistischen und chauvinistischen Geschrei unser Volk in Krieg, Völkermord und Zerstörung.

Rassismus durchdrang faschistischen Größenwahn. Die Nazis beschworen die „nordische Rasse“, als deren Verkörperung sich die Herrenmenschen auswiesen. Sie sei allen anderen überlegen. Die anderen seien durch „artfremde Beimischungen verdorben“, „Untermenschen“ also.

Von der Forderung im NSDAP-Programm, „Nichtstaatsangehörige“, „Nichtdeutsche...aus dem Reich auszuweisen“, bis hin zur Vernichtung der „Untermenschen“ zog sich eine furchtbare Blutspur.

Die „Volksgemeinschaft“ der „nordischen Rasse“, der Arier, war das Bindewort, um Volksgenossen bis zum „Endsieg“ im „heldenhaften Kampf“ zu verheizen.

Die Neofaschisten schwimmen im gleichen braunen Fahrwasser. Auch sie teilen die Menschen in „Rassen“ ein und nennen sich „Arier“. Und wieder geht es darum, das Land „ohne Nichtdeutsche“ zu „gestalten“. Der Appell richtet sich an „volkstreue Deutsche“. Um den „Fortbestand unseres Volkes“, um „ein Deutschland der Deutschen“ zu sichern – gegen „Überfremdung“, gegen „Umvolkungspläne“, die mit der EU-Osterweiterung verfolgt würden. Das „Antideutsche“ sei zu bekämpfen – „auf allen Ebenen, mit allen Mitteln“. Eine „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft“ sei vonnöten, eine (rechte) „Deutsche Volksfront“, um „völkische Neuordnung“ zu schaffen.

„Nichtdeutsche“, Ausländer, anders Aussehende werden zur Zielgruppe, die zu bekämpfen sei. Die Leitsprüche: „Ausländerstopp!“, „Rückt dem antideutschen Mob auf die Pelle“!

Antisemitismus galt als einer der Hauptpunkte im NSDAP-Programm. „Kein Jude kann Volksgenosse sein“, hieß es da. Der „jüdisch-bolschewistische Gegner“ und die „jüdische Hochfinanz“ der USA wurden zu „Erzfeinden“ erklärt. Die „Umsetzung“ dieses Feindbildes erfolgte in furchtbaren Pogromen und mündete im Holocaust, in der in der bisherigen Geschichte einmaligen vielmillionenfachen industriellen Vernichtung von Menschen.

Die Neofaschisten setzen den Antisemitismus teils offen, teils verdeckt fort. Eine „jüdische Weltverschwörung“ wird konstruiert. „Weltjuden-

tum“ dominiere die Politik. Das „internationale Finanzkapital“, das „jüdisch identifiziert“ sei, konzentriere sich an der „Ostküste der USA“. Aus dieser Drohkulisse wird massiver Antiamerikanismus abgeleitet.

Die infame Provokation von NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag gehört zu den „landläufigen“ antisemitischen Herausforderungen: Eine Gedenkminute für die Opfer des Faschismus wird verweigert, der britische Bombenangriff auf Dresden vor 60 Jahren als „Bomben-Holocaust“ bezeichnet, um die Unmenschlichkeit des faschistischen Systems in Deutschland perfide zu relativieren.

Der Nazi-Pogromruf „Jude verrecke“ wird an Schulgebäude gesprüht. Neonazistische Gefolgsleute verkünden, man werde die Quader des Holocaust-Denkmal im Falle eines Regierungswechsels für die neue Reichskanzlei verwenden.

Inzwischen richtet sich jede zehnte neonazistische Straftat gegen jüdische Mitbürger. Dazu gehört u. a. auch, dass der Nazi-Pogromruf „Jude verrecke“ an Schulgebäude gesprüht wird.

Auch in ihrer sozialen Demagogie knüpfen die Neofaschisten an die Praktiken ihrer Vorgänger an.

Reaktionäre Umdeutung, Umcodierung und Umfunktionierung linker Werte, Inhalte und Begriffe gehört zum neofaschistischen Selbstverständnis und Handwerk.

Damals wie heute das Bestreben, „Antikapitalismus“ vorzuspielen und sich antikapitalistisch zu gebärden. Die Nazis sprachen einerseits vom „schaffenden“ (dem deutschen, arischen) und vom „raffenden“, (dem jüdischen) Kapital“. Um ihre Systemtreue auszuweisen und ihre Verlässlichkeit zu offerieren. Die umfangreichen finanziellen Investitionen von Schwerindustrie und Hochfinanz für diese Propaganda warfen für diese Kräfte im Ergebnis der Ausplünderung okkupierter Länder horrenden Kriegsgewinne ab.

Die Nazis vereinnahmten den Begriff „Sozialismus“, um die Anziehungskraft, die er bei arbeitenden Menschen genoss, für ihre verbrecherischen Ziele zu missbrauchen.

Die Neonazis operieren auf der gleichen „Wellenlänge“. Auch heute das Jonglieren mit dem Begriff des Sozialismus. Auch gegenwärtig die Praxis, das Völkische als Leitgedanken der Demagogie einzusetzen. Um Volk, Völkische, Volksgemeinschaft, um Gemeinsamkeit der Gesellschaft zu suggerieren. Um das „Oben“ und „Unten“ im Bewusstsein der Menschen zu eliminieren und die sozialen Wurzeln von Massenarbeits-

losigkeit und Sozialabbau sowie die Verursacher der Gesellschaftskrise zu verdecken.

Es fehlt auch nicht an Versuchen, den Friedensgedanken zu missbrauchen. Während sich einerseits die Neonazis scheinheilig als „Friedensfreunde“ und „Teil der Friedensbewegung“ ausgeben, verstehen sie andererseits Krieg als „Naturnotwendigkeit“. Den USA-Krieg gegen Irak lehnen sie ab, Kriege für deutsche Interessen dagegen nicht.

„Heim ins Reich“?

Die Neofaschistischen können wie ihre Vorgänger erlittene militärische Niederlagen nicht verwinden. Ihre Propaganda schreit nach Revanche für die erlittene Niederlage, die das faschistische Dritte Reich in dem von ihm angezettelten Weltkrieg erfuhr. Hitler wird als „großer Staatsmann“ gepriesen. Sein Stellvertreter Heß wird alljährlich gefeiert. Heldenverehrung wird ritual gepflegt. Faschistische Militärs, auch ausgewiesene Kriegsverbrecher, werden glorifiziert. Mitunter mit Unterstützung des Bundesverteidigungsministeriums.

Es werden Medaillen zum Kauf angeboten, die die Porträts von Kriegsverbrechern wiedergeben. Text der Medaillen: „Die besten Soldaten der Welt“ und „Unsere Helden leben in unseren Herzen“!

Der von den Neonazis betriebene Geschichtsrevisionismus wird von regelmäßigen „Heldengedenkfeiern“ begleitet. Der „hohe Blutzoll“ der Väter wird hervorgehoben. Vorbilder der Neofaschisten sind die Wehrmacht und die Waffen-SS. Der Waffen-SS gehöre „Ruhm und Ehre“. Die „Tradition der Wehrmacht“ sei zu schützen.

Als 2005 der 60. Jahrestag der Befreiung unseres Volkes von Faschismus und Krieg vorbereitet wurde, preiste das DVU-Blatt „National-Zeitung“ kampagnemäßig die alte Kriegsschuldfrage an. Nach einem als „Lexikon“ bezeichneten Machwerk wurde der vom faschistischen Deutschland angezettelte Zweite Weltkrieg in einen „Kampf“ zwischen einer „überwältigenden Übermacht“ (der Anti-Hitler-Koalition) einerseits und den „Aufsteigerstaaten“ (der faschistischen Achse Berlin-Rom-Tokio) andererseits verfälscht. Der Zweite Weltkrieg wurde – wörtlich – als „Kampf der vier Imperialmächte Britisches Empire, Französisches Weltreich, USA und UdSSR, die zwei Drittel der Erdoberfläche und 80 Prozent der Weltressourcen kontrollieren, mit den Aufsteigerstaaten Deutschland, Italien und Japan“ hingestellt.

An anderer Stelle wurde die Befreiung von Faschismus und Krieg mit der Lüge verleumdet: „Dem Krieg folgte ab 1945 eine grausame Abrechnung mit den besiegten Völkern.“

Klopft man die neofaschistische Geschichtsklitterung und das darin eingebettete Revanchedenken auf deren Grundgehalt ab, so geht es den rechtsextremistischen Raubrittern von heute um die offen verkündete „Wiederkehr des Dritten Reiches“, um die „Wiederherstellung des Reiches“. Dem Vermächtnis ihrer braunen Vorgänger getreu, sind sie geschworene Feinde jeglicher bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten.

Parteien und Organisationen

Wahlparteien sind die NPD, die DVU und die REP's (Republikaner).

Die NPD schöpft Nachwuchs auch aus der von den Skinheads entwickelten subkulturellen rechten Jugendszene. Und sie erhielt Zulauf durch Übertritte aus den REP's und der Schill-Partei.

In die legalen neonazistischen und rechtsextremistischen Parteien sowie in solche Organisationen wie u.a. „Die Nationalen“, „Nationale Alternative Berlin“, „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“, „Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)“, „Vandalen“, „Weißer Arischer Widerstand“ und „Anti-Antifa“ schlüpfen Mitglieder verbotener Organisationen. Als da u.a. sind „Junge Front“, „Deutsche Alternative“, „Nationale Liste“, „Nationale Sammlung“, „Freundeskreis Freiheit für Deutschland“, „Blood & Honour“, „Hammerskins“, „Kameradschaft Tor“ und „Berliner Alternative Süd-Ost“.

Die Neonazis verfügen zur Finanzierung ihrer antidemokratischen Umtriebe über umfangreiche Mittel. Als stabile Quelle erweist sich gemäß der Regelungen der staatlichen Parteienfinanzierung der Zufluss an Steuermitteln. Bekanntlich können die legalen Parteien in diesem Lande, also auch NPD, DVU und REP, Mittel aus dem Steuersäckel beanspruchen, wenn sie beispielsweise bei einer Landtagswahl mindestens ein Prozent der Stimmen erhalten. Insofern fließen ihnen für jede für ihre Liste abgegebene Stimme 0,70 € zu. Außerdem bekommen sie 0,38 € für jeden Euro, der für sie gespendet oder als Zuwendung gezeichnet wurde. DVU und NPD kassierten bisher mehr als fünf Millionen €.

2003 wurde die DVU mit über 230.000 €, die NPD mit über 330.000 € staatlicherseits alimentiert.

Für ihr Abschneiden bei den Landtagswahlen 2004 kassierte die DVU über 60.000 €. Die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag erhält monatlich (!) 120.000 € aus Steuergeldern.

Die neonazistischen Führungskräfte sind seit Jahren bestrebt, für die Bewegung eine ökonomische Basis zu schaffen.

DVU-Chef Frey hat sich als Verleger längst zum Millionär entwickelt. Aus dem Umsatz neonazistischer Publikationen werden von ihm regelmäßig Mittel für den Kampf gegen Demokratie und inneren Frieden abgezweigt.

Eigene Firmen werden gegründet, Immobilien gekauft, eigene Verlage ausgebaut. In der Gastronomie, bei Sicherheitsdiensten und in Maklerfirmen haben sich rechtsextremistische Kräfte etabliert.

Ein ganzes System von Unternehmen und Geschäften ist entstanden, aus dem millionenfache Gewinne sprudeln.

Lukrative Geschäfte werden seit Jahren auch mit Tonträgern mit Skinhead-Musik erzielt. Millionenumsätze werden allein mit dem „Sound des Hasses“ eingespielt.

Und nicht zuletzt stehen den Neonazis nicht namentlich bezeichnete Finanzquellen aus den USA zur Verfügung. Der CDU-Außenpolitiker und ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Willy Wimmer äußerte: „Diese Metastasenparteien erhalten gerade aus den USA große Finanzmittel.“

Woche für Woche erscheinen zahlreiche Zeitungen, Zeitschriften und Magazine, Filme und CD's, Info-Blätter und Bücher der Neonazis.

Über 100 Publikationen werden regelmäßig herausgegeben.

„Nationale Infotelefone“ und Mailing-Listen tun ein Übriges.

Versandeinrichtungen liefern neben Büchern auch Baseballschläger, Aufkleber, Plakate, Kleidung etc. Über Internet-Seiten werden Konzerte neonazistischer und rechtsextremistischer Musikbands vermittelt.

Die Nutzung des globalen Internets zur Verbreitung verfassungsfeindlicher Ziele und antidemokratischen Ungeistes ist von den Neofaschisten zum bevorzugten Kampfmittel ausgebaut worden.

Die informationelle Vernetzung hat in den vergangenen Jahren immer neue Dimensionen erreicht. Hunderte von Hompages der verschiedenen

Parteien und Organisationen dienen in verschiedenen Genres als Werbeträger.

Deutsche Gesetzgebung wird dadurch umschifft, indem Internetanbieter anonym auftreten und fast durchweg im Ausland, vor allem in den USA, angesiedelt sind.

Potenziale

Die neofaschistischen Führer spekulieren darauf, dass ein latentes rechtes Potenzial in der Öffentlichkeit unter bestimmten Bedingungen in manifestes Potenzial umschlägt und bei Wahlen für ihre Parteien zu Buche schlägt.

Meinungsumfragen und –analysen gehen davon aus, dass dieses latente Potenzial ungleich umfangreicher ist, als es in den Wahlergebnissen für die NPD, die DVU oder die REP's bisher zum Ausdruck kommt.

Parteienforscher schätzen, dass etwa die Hälfte der Wähler, die diesen Parteien ihre Stimme geben, Überzeugungstäter mit einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild sind. Die andere Hälfte dieser Wählergruppe dürften aus Protest votieren.

Meinungsumfragen zufolge stimmten 59,1 Prozent im Jahre 2003 „eher“ bzw. „voll und ganz“ der Aussage zu, dass zu viele Ausländer in Deutschland lebten. (2000: 55,4 Prozent) Das stellte das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld fest.

30,1 Prozent befürworteten mehr oder weniger die Forderung, Migranten „in ihre Heimat zurückzuschicken“. (2000: 27,7 Prozent)

Der Aussage „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ stimmten 23,4 Prozent der Befragten zu. (2000: 21,7 Prozent)

In anderen Analysen wird konstatiert, dass der Anteil der Deutschen, denen Juden „unangenehm“ sind, in einem Jahrzehnt von 20 auf 36 Prozent angestiegen ist.

1999 behaupteten 14 Prozent der Befragten, Juden seien an den großen Weltkonflikten schuld. 2002 waren es bereits 22 Prozent.

Fast 70 Prozent der Deutschen sind 2004 der Meinung, die muslimische Kultur passe nicht in die westliche Welt. (2003: 60 Prozent)

Generell wird das rechtsextremistische Potenzial auf 15 bis 20 Prozent geschätzt. Dabei handelt es sich um Bürger, die sich bei Umfragen rassistisch, ausländerfeindlich, auch antisemitisch äußern und sich einen neuen „Führer“ wünschen.

Mit dem System unzufrieden sind inzwischen bis zu 50 Prozent der Befragten.

Mit neuen, herangewachsenen Jahrgängen, die wahlberechtigt werden, wird die Tatsache ausgeprägt, dass die Geschichtskennntnisse über die Vorgänger der Neonazis und Rechtsextremisten, ihre Parolen, ihre Taktiken und Methoden sowie die sozialen Wurzeln der Bewegung völlig unzureichend sind, um die Machenschaften der Nachfahren des Faschismus beurteilen zu können. Insofern werden zunehmend junge Leute Opfer der braunen Demagogen.

Grundtorheit blieb

Ein spezielles Kapitel der Verharmlosung des Faschismus und Neofaschismus stellen verschiedenen Varianten der Totalitarismus-Doktrin dar.

Da sind vor allem die „Diktaturen-Vergleiche“ zwischen faschistischer Tyrannei im „Dritten Reich“ und der DDR. Diese „Vergleiche“ gerieren oftmals zu einer Gleichsetzung. Sie schließen die Verketzerung der antifaschistischen geistig-kulturellen Prägung der DDR-Gesellschaft ein.

Der Schmäh-Begriff vom „verordneten Antifaschismus“ soll offenbar die Tatsache verdecken, dass Antifaschismus in der DDR Staatspolitik war. Wozu auch gehörte, getreu den Verpflichtungen, die sich aus dem Potsdamer Abkommen ergaben, dem Faschismus durch die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher den Boden zu entziehen und faschistischen Ungeist aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu entfernen.

Zum Kapitel der Verharmlosung gehört ferner die Methode, die Linkspartei/PDS und die NPD in einem Atemzug zu nennen und auf eine Stufe zu stellen. Sachsens CDU-Ministerpräsident Milbradt verstieg sich zu der infamen Bemerkung, NPD und PDS gehörten „zum politischen Extremismus“. Sie wiesen „in Teilen ihrer Programmatik Ähnlichkeiten“ auf.

Der frühere Unternehmerverbands-Präsident Rogowski ging sogar so weit zu sagen, die Rechten seien weniger gefährlich als die PDS.

Zeitweilig wurde sogar die PDS, die in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern Regierungsverantwortung mit trägt, vom Verfassungsschutz observiert.

Antifaschistische Organisationen werden in die Ecke gestellt. Die VVN/BdA wird vom Verfassungsschutz beobachtet!

Antikommunismus und Kriminalisierung des Antifaschismus sind verhängnisvolle Attribute der gegenwärtig herrschenden Politik in Deutschland. Die Feststellung Thomas Manns, der Antikommunismus sei eine Grundtorheit, bleibt trotz des Epochenwandels gültig.

Gemeinsam einheitlich handeln!

Der Neofaschismus ist unter uns!

Eine alarmierende Realität!

Eine Herausforderung für alle, die für Toleranz und Solidarität, für Demokratie und Frieden eintreten.

Eine Herausforderung, die gemeinsames einheitliches Handeln aller demokratisch-antifaschistischen und humanistischen Kräfte verlangt.

Um Zeichen zu setzen gegen Fremdenfeindlichkeit, wachsenden Rassismus, gegen Antisemitismus und Nationalismus.

Um keine Verharmlosung und keine Geschichtsklitterung zuzulassen über die Verbrechen des Faschismus gegen die Menschheit und die Menschlichkeit.

Um die Umtriebe der neofaschistischen Nachgeburt zu verbannen.

Politische Auseinandersetzung ist gefordert. Um nachzuweisen, dass Faschismus ein Verbrechen ist.

Faschismus - das war Völker- und Massenmord. Das sind sechs Millionen Juden, nahezu eine Million Sinti und Roma, hunderttausende Antifaschisten und andere Verfolgte des Nazi-Regimes, die die braunen Mordbrenner und ihr Terrorregime anklagen.

Faschismus - das war die Gier nach Weltherrschaft, nach Errichtung der Tyrannei rund um den Erdball. Über 50 Millionen Menschen raffte der Zweite Weltkrieg schließlich dahin.

Faschismus – das war die totale Liquidierung demokratischer Rechte und Freiheit und die Verbannung ihrer Verfechter in Konzentrations- und Vernichtungslager.

Faschismus – das war nicht zuletzt „Arbeitsbeschaffung“ im Interesse der Aufrüstung Deutschlands um seine „Gleichberechtigung“ mit anderen Mächten; das war Schaffung von Infrastruktur für den späteren Aufmarsch in den Krieg. Nicht wenige der 10 Millionen deutschen Kriegstoten hatten zunächst vom faschistischen Staat Arbeit erhalten, ehe sie im verbrecherischen Krieg ihr Leben lassen mussten.

Die Neofaschisten verehren die faschistischen Hauptkriegsverbrecher. Sie wollen, dass den Massenmördern „Ruhm und Ehre“ zuteil werde.

Für die überlebenden Opfer des Faschismus, für die demokratische Öffentlichkeit unseres Landes, für die Völker Europas sind diese unverschämten Herausforderungen unerträglich.

Die politische Auseinandersetzung mit Faschismus und Neofaschismus ist ein Gebot der Stunde. Und die Aktion gegen neofaschistische Provokationen.

Eine Ausstellung der VVN/BdA vermittelt nachstehende Aktionsideen:

- Neofaschismus entgegentreten
- Neofaschistische Veranstaltungen be- und verhindern
- Rassistischen Äußerungen widersprechen
- Neofaschistische Zeitungen boykottieren
- Kampagnen gegen rechte Musik unterstützen
- Plakatwände gestalten
- An Opfer des NS-Terrors erinnern
- Anzeigen gegen neofaschistische Propaganda erstatten
- Aufklären, informieren, dokumentieren
- Sich für Flüchtlinge und Opfer engagieren
- Sich antifaschistisch organisieren.

Und nicht zuletzt:

Um neofaschistischem Gedankengut und rechtsextremistischer Demagogie den Boden zu entziehen, braucht es die stete politische Auseinandersetzung und einen Wechsel der Politik.

Dringend erforderlich sind u. a.:

Eine Politik, die Arbeitslosigkeit und nicht die Arbeitslosen bekämpft.

Eine Politik, die Bildung nicht verteuert und damit für viele versperrt, sondern die Chancengleichheit realisiert, in Bildung und Bildungseinrichtungen investiert und der Jugend Zukunftsperspektiven eröffnet.

Eine Politik, die nicht das Großkapital und die Großbanken sponsert und immer reicher macht, sondern sozialer Gerechtigkeit verpflichtet ist.

Eine Politik, die das friedliche, auf Gleichberechtigung basierende Zusammenleben der Völker pflegt, anstatt neoliberale Globalisierung durch immer weitere Militarisierung der internationalen Beziehungen zu begleiten.

Die jetzige Politik ist durch die Symptome der Gesellschaftskrise gezeichnet. Weshalb die Schatten der Vergangenheit und die neofaschistischen Umtriebe in der Gegenwart immer stärker hervortreten. Deshalb das Gebot der Stunde:

Ein Politikwechsel muss her !

„junge Welt“ 05.10.2005 - Skandal in Dortmund

.....Die Verwaltung der Ruhrgebietsmetropole lehnte es unlängst ab, die anerkannte Wanderausstellung »**Neofaschismus** in der BRD« im Rathaus zu zeigen. Auch andere städtische Räumlichkeiten wollen die Stadtoberen nicht zur Verfügung stellen ...

junge Welt 26.01.2006 - Neonaziaufmarsch in Dortmund verboten

Öffentlicher Druck zeigte Wirkung: Polizeipräsident untersagte rechte Provokation im Ruhrgebiet (Markus Bernhardt)

Dortmunds Polizeipräsident Hans Schulze (SPD) hat einen für kommenden Sonnabend in der Ruhrgebietsmetropole geplanten Neonazi-aufmarsch doch noch verboten. Der sichtlich angeschlagene Polizeipräsident war am Dienstag Abend vor die Presse getreten und hatte erklärt, dem Beispiel der Behörden in Celle, Karlsruhe und Lüneburg nun doch zu folgen und den geplanten Aufmarsch der »Freien Kameradschaften« zu unterbinden. Wenige Stunden zuvor hatte er noch in einem Interview erklärt, dass er das vom Verwaltungsgericht Lüneburg ausgesprochene Verbot des Aufmarsches in der Salzstadt nicht nachvollziehen könne. Heftige Proteste von antifaschistischen und linken Gruppen, aber auch von DGB, Kirchen und vom Einzelhandelsverband sowie Kommentare in der örtlichen Presse haben ihn offenbar im letzten Moment umgestimmt.

„junge Welt“ 13.01.2005 - Neonazis werden gewalttätiger

Das Ausmaß rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Brandenburg hat einen Höchststand gegenüber den Vorjahren erreicht. Der „Verein Opferperspektive“ zählte für das Jahr 2004 insgesamt 134 rechts motivierte Gewalttaten. Das entspricht einem Anstieg um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr, in dem 119 Taten bekannt wurden. Demnach wurden noch nie so viele Menschen Opfer rechter Gewalt: Insgesamt

174 Geschädigte gegenüber 154 im Vorjahr. Zu diesen müssen noch 60 weitere von Angriffen indirekt Betroffene gezählt werden, die aber unverletzt blieben.

„Antifa“ - Magazin für antifaschistische Politik und Kultur (Januar / Februar 2006)

...fast 100 Tötungen seit 1990 - Die „Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ (EUMC) veröffentlichte im November 2005 eine Übersicht, in der in Deutschland nach Großbritannien die meisten rassistischen Zwischenfälle registriert wurden. Für 2003 und 2004 wurden in Deutschland 6.474 Übergriffe registriert. Viele Fälle blieben jedoch unbemerkt, beklagt die EUMC. Nach journalistischen Recherchen sind seit 1990 mindestens 99 Menschen durch rechtsextremen und rassistischen Straßenterror getötet worden.

...mehr als 250 Schmierereien - Allein in Berlin sind in den letzten Monaten des vergangenen Jahres eine Vielzahl von neonazistischen und antisemitischen Schmierereien und Grabschändungen verübt worden. Davon betroffen waren u. a. die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Mahn- und Denkmale, die Nationalgalerie, das Berliner Rathaus, die Nicolaikirche, die Humboldt-Universität, sowie die Gräber von Heinrich Mann, Bertolt Brecht und Johannes R. Becher. Nach Schätzungen in der Tagespresse wurden über 250 Schmierereien begangen.

„Antifaschistische Linke Berlin 29.08.2005

Die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) protestiert gegen die Durchsuchung der Wohnungen junger Antifaschisten, von Büros und Veranstaltungsräumen durch die Berliner Polizei am Abend des 27. August 2005.

„Neues Deutschland“ 01.02.2006 - Braune Schlägertrupps verunsichern die Kieze

Rechte Hooligans gehen gezielt und systematisch vor – vor allem an Wochenenden jagen sie ihre Opfer (Rainer Funke)

Die Serie von Jungnazi-Überfällen auf Linke in Friedrichshain hält unvermindert an – mit steigender Tendenz. Vor allem an Wochenenden ziehen Schlägertrupps verummmt durch die Straßen und terrorisieren Bürger. »In der Nacht zum Sonnabend war es besonders schlimm«, so Markus Roth von der Antifa des Stadtteils gestern.

Am U-Bahnhof Frankfurter Tor machte ein Trupp Jagd auf zwei Jugendliche des linksalternativen Spektrums. Die zwölköpfige Bande beschimpfte sie, schlug und trat nach ihnen, bis sie mit schweren Kopfverletzungen flüchteten. Zwei andere wurden zugleich vom Gelände gejagt. Einen weiteren jungen Mann traktierte man derart, dass er bewusstlos zu Boden ging.

Seine Begleiterin wurde laut Roth auf das Gleisbett der U-Bahn gestoßen, fünf der Jungnazis sprangen ihr nach und misshandelten sie. Auf dem Bahnsteig wartende Fahrgäste verhinderten Schlimmeres, retteten womöglich beiden das Leben.

Gegenüber anrückender Polizei behaupteten die Schläger, selbst angegriffen worden zu sein. Da ihnen zur allgemeinen Verwunderung die Beamten offenbar glaubten, stellten sie die Personalien von nur einem der Täter fest und ließen die Bande laufen. Eine halbe Stunde später wurden ein paar hundert Meter weiter Fahrgäste belästigt und eine S-Bahn-Scheibe zerbrochen, anderenorts einem Jugendlichen ein Zahn ausgeschlagen. Die Bande ist, wie Roth sagt, nach Art der rechten Hooligans gekleidet, geht systematisch und gezielt vor. Die Überfälle konzentrieren sich auf die Frankfurter Allee und anliegende Straßen.

Deutsche Gerichte und Neonazi-Urteile aus GLASNOST – Archiv

.....in Ravensburg wurde ein 19jähriger Skin, der einen Angolaner erstochen hatte, zu fünf Jahren Jugendstrafe wegen Totschlags mit bedingtem Vorsatz verurteilt. In der Begründung hieß es: "Wir mussten davon ausgehen, dass die Hautfarbe des Opfers wesentlich zur Tat beigetragen hat.".....

.....das Münchener Amtsgericht sprach den Neonazi Bela Ewald Althans vom Vorwurf der Auschwitz-Lüge frei. Selbiger habe nur Zweifel am Holocaust geäußert und dies sei zulässig.....

.....die Frankfurter Staatsanwaltschaft ermittelte gegen sechs Jugendliche, die ein Flüchtlingswohnheim überfallen hatten nur wegen Sachbeschädigung. Sie begründete dies damit, dass bei den Jugendlichen nur ein "verbrämtes Nationalgefühl" vorgelegen habe.

.....

¹ V. i. S. d. P Europäisches Friedensforum – Deutsche Sektion: Helga Hörning 12557 Berlin